

AUSGABE VOM 09. SEPTEMBER 2022

Planungssicherheit: „Recklinghausen leuchtet“ kann stattfinden

Gute Nachricht für Stadt und Organisatoren: „Recklinghausen leuchtet“ darf stattfinden. Wie Staatssekretär Dr. Patrick Graichen aus dem Bundeswirtschaftsministerium dem CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann mitteilt, lässt die vom Kabinett verabschiedete Verordnung zur Einsparung von Energie das Beleuchten von öffentlichen Gebäuden im Rahmen von Kulturveranstaltungen und Volksfesten ausdrücklich zu. Breilmann hatte sich Mitte August bei der Bundesregierung für eine entsprechende Regelung eingesetzt. Vom 21. Oktober bis zum 6. November werden Gebäude in der Recklinghäuser Innenstadt erstrahlen und das Event erstmals klimaneutral gestaltet. „Die einzigartige Atmosphäre von „Recklinghausen leuchtet“ kann damit die Altstadt auch in diesem Herbst verzaubern“, freut sich MdB Breilmann.

Bundshaushalt 2023: Der Ampel fehlt jeglicher Kompass

Die CDU/CSU-Fraktion zweifelt an der Kompetenz der Ampel-Koalition, Deutschland sicher durch die Krise zu steuern. Wie in der Ukraine-Politik fehle der Regierung in der Wirtschaftspolitik „jeglicher Kompass, jede Fähigkeit zum politisch-strategischen Denken“, so Fraktionschef Friedrich Merz in der Generalausssprache zum Haushalt 2023 im Bundestag. In der Energiekrise – eine Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – laviere die Regierung herum und vergeude wertvolle Zeit, sagte Merz. „Sie reden nur über Hilfsprogramme, statt das Thema an der Wurzel zu packen.“ Merz bezog sich auf das Maßnahmenpaket im Umfang von 65 Milliarden Euro, das die Koalition zu Beginn der Haushaltswoche des Bundestags vorgelegt hatte. Natürlich



„Förderchaos verunsichert Investoren:“ CDU-MdB Breilmann kritisierte in der Debatte am Dienstag die Baupolitik der Ampel-Regierung. (Foto: Privat)

müsse man helfen, betonte er mit Blick auf Privathaushalte und Unternehmen, die unter den Strompreisen leiden. Für die Wirtschaft spitze sich angesichts hoher Energiepreise, gerissener Lieferketten und enormer Inflation die Lage möglicherweise dramatisch zu. Mit der Entscheidung von Wirtschaftsminister Robert Habeck, nur zwei der drei Kernkraftwerke bis April in Reserve zu halten, ist laut Merz ein „Niveau an Irrationalität erreicht, das kann man nicht mehr beschreiben“. Diese AKW seien die modernsten und sichersten weltweit und könnten zehn Millionen Haushalte mit Strom versorgen. Wie ratlos Habeck in wirtschaftlichen Zusammenhängen sei, habe man im deutschen Fernsehen beobachten können.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, kritisierte in der Debatte zum Bauetat eine grundsätzlichen baupolitischen Einstellung der Ampel, „die an den Realitäten vorbeigeht und den Menschen Vorgaben machen will“. Anstatt planwirtschaftliche Ideen zu verbreiten, solle sich Frau Ministerin Geywitz lieber um ihre Ziele und um ihre Baustellen kümmern. Trotz eines großen Etats werde in Zukunft weniger gebaut, wenn die Bundesregierung in diesem Haushalt nicht mehr Mittel viel zielgerichteter für ganz konkrete Bereiche zur Verfügung stelle, etwa für nachhaltiges Bauen und energetische Sanierung. Das Förderchaos habe Investoren verunsichert. Er hoffe, dass der Bauetat in den Beratungen noch spürbare Nachbesserungen erfahre.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mich haben am Dienstag die sehr bewegenden Worte von Staatspräsident Isaac Herzog zutiefst beeindruckt. Er hat als fünfter Präsident Israels im Bundestag ge-



sprochen, und wie jede der vorherigen Ansprachen war auch seine etwas Besonderes. Das beginnt schon damit, dass nur wenige Gäste im Reichstag vom gemeinschaftlichen stehenden Applaus aller Anwesenden begrüßt werden, so wie Herzog an diesem Morgen. In seiner Rede erinnerte er an das Leid der Shoah, aus der eine Verpflichtung zu Menschlichkeit, Toleranz und Demokratie erwachse. Zugleich würdigte er die tiefe Partnerschaft, die zwischen Israel und Deutschland entstanden ist, als beispielhaft. Er erinnerte auch an das fürchterliche Attentat palästinensischer Terroristen auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München 1972, das sich zum 50. Mal jährte. Das Gedenken an die sechs Millionen ermordeter Juden bezeichnete er als moralische Verpflichtung für Israel und Deutschland: „Nur gemeinsam können wir dem Gedenken Bedeutung verleihen.“ Für die Gegenwart bedeute dies: „Wir müssen Antisemitismus und Rassismus den Kampf ansagen.“ Wahre Worte: Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit sondern mitten unter uns. Hier darf es kein Wegsehen oder falsch verstandene Toleranz geben. Das ist für mich Auftrag und Verpflichtung.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Sprach-Kitas retten und Förderung fortsetzen

Die Ampel-Koalition will das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“, das seit 2011 die sprachliche Bildung fördert, streichen. Die CDU/CSU-Fraktion hat diese Woche im Bundestag beantragt, die Sprach-Kitas zu retten und die Förderung weiterzuführen. CDU-MdB Michael Breilmann: „Die Ampel benachteiligt damit Kita-Kinder auch konkret in unserer Region. Es geht dabei allein in Recklinghausen um 27 Sprach-Kitas mit 27 halben Fachkraftstellen sowie in Castrop-Rauxel um drei Sprach-Kitas mit drei halben Fachkraftstellen, wie mir die Bundesregierung auf meine Anfrage hin mitteilte.“ Pandemiebedingte Lernrückstände und die vielen aus der Ukraine geflüchteten Kinder erhöhen den akuten Handlungsbedarf mehr denn je. „Das Argument, dass die Förderung im neuen „Gute-Kita-Gesetz II“ enthalten sei, ist eine Täuschung, denn sie hat nicht das Fördervolumen erhöht. Das Budget des neuen „Gute-Kita-Gesetz II“ entspricht dem alten Gesetz. Gestrichen wurden aber die Förderprogramme Sprach-Kitas, die Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher sowie das Programm Kita-Einstieg. Es steht also deutlich weniger für die frühkindliche Bildung zur Verfügung“, kritisiert Breilmann.

Ausstellung zum Luxemburger Abkommen eröffnet



Im Bundestag wurde am Mittwoch die Ausstellung „70 Jahre Luxemburger Abkommen“ eröffnet. In dem von Deutschland, Israel und der Jewish Claims Conference geschlossenen Übereinkommen verpflichtet sich die Bundesrepublik, den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus Wiedergutmachung zu leisten. Unterzeichnet wurde es am 10. September 1952 in Luxemburg von Kanzler Adenauer und dem israelischen Außenminister Scharett. Es bildet die Grundlage für die Entschädigung jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. „Die Ausstellung macht deutlich: Zwar können NS-Verbrechen nicht „wiedergutmacht“ werden, die Bemühungen zum Wohle der Opfer aber dürfen nicht enden“ so MdB Michael Breilmann, Sprecher der Unions-Fraktion für Antisemitismusbekämpfung und Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, am Rande der Eröffnung im Paul-Löbe-Haus. (Foto: Privat)

Hauptstadtvisite: Besucher aus Region im Bundestag



Fünzig politische interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Recklinghausen, Castrop-Rauxel und Waltrop begrüßte der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann diese Woche in Berlin. Dort informierte der Abgeordnete die Gäste aus der Region vor Ort über seine Arbeit im Parlament und diskutierte aktuelle Fragen. Neben dem Besuch auf der Reichstagskuppel, zuvor besuchte die Gruppe eine Plenardebatte zum Haushalt, standen neben Stadtrundfahrt und Schifffahrt auch spannende Gespräche in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt, sowie der Gedenkstätte Berliner Mauer auf dem Programm. (Bild: Privat)

Innenetat 2023: Regierung trifft zu wenig Vorsorge

Am Freitag beriet der Deutsche Bundestag in erster Lesung den Haushaltsentwurf 2023 für das Bundesministerium des Innern und für Heimat. CDU-MdB Michael Breilmann, Mitglied im Bundestagsinnenausschuss, sieht beim Entwurf der Regierung jedoch deutlichen Nachbesserungsbedarf: „Die Ampel muss für die Bundespolizei dringend nachbessern. Es fehlen Stellen und Mittel für einen modernen, EU-konformen digitalen Grenzschutz. Korrigiert die Regierung dies nicht, riskiert sie einen Ausfall der IT-Grenzsysteme und damit neues Chaos an den Flughäfen“. Auch der von Innenministerin Nancy Faeser angekündigte Neustart im Bevölkerungsschutz werde zum Fehlstart. „Und das in einer Zeit von russischem Angriffskrieg, Pandemie und Naturkatastrophen. Frau Faeser wird ihrer Verantwortung nicht gerecht und bleibt einmal mehr eine reine Ankündigungsministerin ohne Umsetzungskraft“, kritisiert MdB Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 13 der 20. Wahlperiode

09. September 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häbeler/

R. Hoffmann.